

Bonn auf der Erpresserliste?

VON JOSEF JOFFE

Vor genau einer Woche wurde der Libanese Mohammed Ali Hamadei mit einer stattlichen Menge Sprengstoff am Frankfurter Flughafen verhaftet; am vorigen Samstag wurde der Deutsche Rudolf Cordes, Nahost-Repräsentant der Firma Hoechst, in Beirut entführt. Ein Zufall? Ihn zu vermuten, wäre etwa so realistisch wie die Vorstellung, daß im Libanon noch eine Zentralregierung die Geschäfte führt. Die Deutschen, so steht zu befürchten, erleben nun am eigenen Leibe, daß der Kelch an ihnen nicht mehr vorübergeht, daß sie trotz geschmeidigster Bonner Politik (niemandem wehtun!) auf der Erpresserliste des Terrors stehen - wie zuvor Amerikaner, Franzosen, Italiener und Engländer.

Washington hat bereits Anspruch auf Hamadei erhoben, weil dessen Fingerabdrücke in jener TWA-Maschine gefunden wurden, die im Juni 1985 nach Beirut entführt worden war; damals wurde ein amerikanischer Passagier von den schittischen Terroristen ermordet. Das größte juristische Hindernis auf dem Wege zur Auslieferung Hamadeis haben die amerikanischen Behörden bereits beiseitegeräumt: Da die Bundesrepublik niemanden an ein Land ausliefern darf, wo die Todesstrafe droht, will sich der Bundesstaatsanwalt in Washington verpflichten, im Prozeß gegen Hamadei nicht auf die Todesstrafe zu plädieren. Bis zum Samstag erschien die Auslieferung als die eleganteste aller Lösungen: Die Last hätte Bonn exportiert, ohne einem Franz Josef Strauß zusätzliche Wahlkampfmunition gegen die FDP zu liefern. Denn von den drei betroffenen Ministerien - Innen, Justiz, Auswärtiges - befinden sich die beiden letzteren in freidemokratischer Hand.

Indes: Wenn sich das Wahrscheinliche als Gewißheit herausstellt - also, daß nicht ein paar Private eine schnelle Million bei *Hoechst* zu machen gedenken, sondern die Bühne für einen Austausch präpariert worden ist -, dann gerät Bonn in eine böse Klemme. Hamadei auszuliefern, hieße das Leben von Cordes ebenso zu gefährden wie wenn dem Libanesen hier der Prozeß gemacht würde. Ihn aber nach geziemender Pause, auf jeden Fall nach dem 25. Januar, mit einem Freiflugschein nach Beirut auszustatten, würde aufs Schändlichste gegen das Legalitätsprinzip verstoßen und die Bundesrepublik vor aller Welt als erpressbaren Kleinstaat hinstellen. Der internationale Terrorismus hätte dann wieder einmal bewiesen, wie einfach es ist, einen siegreichen Krieg mit „anderen Mitteln“ zu führen.

Bislang hat in Beirut noch niemand Forderungen gestellt, bislang aber - bis zur Verhaftung Hamadeis - hatte sich auch niemand an den 200 Bundesdeutschen im Libanon vergriffen. Wenn der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hans Stercken, mit seiner Freipressungsthese

recht behält, was sollte Bonn dann tun? Es gibt eine ebenso simple wie zynische Antwort: Genau das, was alle anderen schon getan haben. Den Drahtzieher der *Achille Lauro*-Kaperung, Abbul Abbas, ließen die Italiener entweichen, bevor Washington überhaupt einen Auslieferungsantrag stellen konnte. Nach einem wochenlangen Bombenkrieg im Herzen von Paris zog die Regierung Chirac den Hut vor dem syrischen Diktator Assad und bat ihn untertänigst, ein gutes Wort bei denen einzulegen, die den Terror vom syrisch kontrollierten Teil des Libanons aus fernsteuerten. Und Ronald Reagan? Er kämpft jetzt um sein politisches Überleben, weil er Khomeini jahrelang als Terror-Sponsor gegeißelt, ihn aber unter der Hand mit dem Feinsten aus Amerikas Waffenkammer versorgt hat, um so amerikanische Geiseln freizukaufen. Sollte Bonn da etwa prinzipientreuer sein?

Eine bessere Antwort, auch wenn sie zum Typ „Hinterher ist man klüger“ gehört, ist: das Richtige zur rechten Zeit zu tun. Im Libanon gibt es keine Zentralgewalt mehr; deshalb haben Deutsche dort nichts zu suchen, wo die Bundesregierung mangels staatlicher Partner ihre Schutzpflicht nicht mehr wahrnehmen kann. Eine zweite Antwort fällt unter das Thema „Militärexporte“, von denen unsere starken Männer gerade in diesen Tagen so heftig träumen. Die Bundesrepublik hat kräftig am Golf-Krieg verdient. Seit Jahren beliefern deutsche Firmen beide Seiten mit allem, was gerade noch durch die Maschen des Kriegswaffen-Exportgesetzes schlüpft: Lastwagen, zum Beispiel, aber auch chemische Ausrüstungen, die der Irak anscheinend zur Giftgasproduktion benutzt. Der Iran ist dabei ebenfalls nicht zu kurz gekommen.

Nur schließt sich hier der Kreis zur dritten Antwort: Wer in fernen Kriegen nach Profiten sucht, darf sich nicht wundern, wenn er selber zur Zielscheibe wird. Die Verhaftung Hamadeis sowie eines sprengstofftragenden Libanesen namens Baschir el-Khodr auf dem Flughafen von Mailand läßt darauf schließen, daß vom Iran gesteuerte Schiiten-Gruppen eine terroristische Infrastruktur in Westeuropa aufbauen. Westliche Dienste wollen auch schon erfahren haben, daß fünf weitere „Emissäre“ aus Beirut unterwegs seien. Der Sinn der Sache wäre offenkundig, gäbe sie doch einer Seite ein treffliches Mittel an die Hand, um die europäischen Staaten im Sinne ihrer Golfkriegsziele zu „beeinflussen“. Das Problem ginge deshalb weit über das Drama um den entführten Cordes hinaus. Bonn, aber auch Washington, Rom und Paris müssen sich fragen, ob Ausweichen plus Anbiederei sich schon zu einer Strategie addieren, ob es nicht endlich an der Zeit sei, den Staats-Terrorismus mit schmerzhafteren Mitteln zu bekämpfen. 4